

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 14/6830, 14/6835 –**

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz auf mazedonischem Territorium zum Einsammeln und Zerstören der Waffen, die durch die ethnisch albanischen bewaffneten Gruppen freiwillig abgegeben werden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt es, dass die gemeinsamen und in enger Abstimmung mit Vereinten Nationen und OSZE durchgeführten Vermittlungsbemühungen der EU, der NATO und der Vereinigten Staaten erfolgreich waren und am 13. August 2001 zu dem Rahmenabkommen von Ohrid führten. Der Deutsche Bundestag spricht allen beteiligten Vermittlern für diesen Erfolg Dank und Anerkennung aus. Die Umsetzung dieses Rahmenabkommens, für die in erster Linie die politische Führung in Mazedonien verantwortlich ist, eröffnet für Mazedonien einen Weg aus der blutigen Krise und bietet die Chance, den drohenden Bürgerkrieg zu vermeiden. Der Deutsche Bundestag macht sich, was die Bedeutung einer Erfüllung des Rahmenabkommens angeht, die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 13. August 2001 in vollem Umfang zu Eigen.

Der Deutsche Bundestag hält es darüber hinaus für notwendig, diesen Erfolg präventiver Friedensvermittlung im Fall der mazedonischen Krise sowohl im Rahmen eines umfassenden Stabilisierungskonzepts für Mazedonien als auch im Rahmen einer langfristig angelegten, politischen und ökonomischen Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa, die auf den bisherigen Erfolgen des Stabilitätspakts aufbaut, abzusichern.

Der Deutsche Bundestag erwartet daher, dass sich die Bundesregierung zusammen mit ihren Partnern im Rahmen der EU und den anderen zuständigen Institutionen und Organisationen für die Entwicklung eines verbindlichen Rahmenkonzeptes für die Stabilisierung Mazedoniens einsetzt. Wichtige Elemente sind dabei

- die Bündelung bestehender europäischer Programme (CARDS, ECHO etc.);
- die Koordinierung bilateraler Leistungen;
- die Ergänzung und Erweiterung der bisherigen Stabilitätspakt-Projekte für Mazedonien unter Bevorzugung solcher Projekte, deren Nutzen für die Bevölkerung Mazedoniens im Alltagsleben konkret erfahrbar wird;
- die Einbeziehung von IWF und Weltbank in eine mazedonische Wiederaufbau-Strategie;

- die Mobilisierung ausreichender Mittel für die Stabilisierung des Landes auf einer Internationalen Geberkonferenz Mazedonien, die nach der Implementierung des Rahmenabkommens vom 13. August 2001 einzuberufen ist.

Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass die Maßnahmen zu einer länderspezifischen Konfliktprävention nur dann eine nachhaltige Wirkung entfalten können, wenn sie in den Kontext einer weiträumigen international abgestimmten und an den weltweiten Bemühungen der Vereinten Nationen orientierten regionalen Krisen- und Konfliktprävention eingebettet werden. Europa braucht eine politische und ökonomische Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa.

Wichtige Elemente einer solchen Gesamtstrategie sind

- eine Präzisierung der europäischen Integrationsperspektive auf der Basis der bisherigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen sowie eine bereits kurz- und mittelfristige effiziente und harmonische Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen;
- ein umfassendes Abrüstungskonzept für die gesamte Region, das die Entwaffnung illegaler Strukturen und eine Kontrolle des grenzüberschreitenden Waffenhandels einschließt;
- ein breit angelegtes und dabei die über viele Länder verteilten Albaner einbeziehendes Aktionsprogramm u. a. gegen die unterschiedlichen Formen illegaler und mafiaartiger Subkulturen in der Region, die immer wieder Ausgangspunkt von Destabilisierung werden;
- eine erweiterte und aktualisierte Zieldefinition des „Stabilitätspakts für Südosteuropa“ und insbesondere eine ausreichende Mittelausstattung für dieses wichtigste strategische Instrument zur Verstärkung und Verstetigung grenzüberschreitender regionaler Kooperation und Konfliktprävention.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

entsprechend initiativ zu werden und selbst geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Anforderungen einer umfassenden regionalen Krisen- und Konfliktprävention erfüllen zu können. Unverzichtbar ist dabei eine Verstärkung der zivilen regionalspezifischen entwicklungs- und außenpolitischen, insbesondere konfliktpräventiven Fähigkeiten der Bundesrepublik. Der Deutsche Bundestag hält es für besonders wichtig, dass die Bundesregierung, auf deren politische Initiative hin der Stabilitätspakt für Südosteuropa entstanden ist und die den Stabilitätspakt in den vergangenen Jahren in vorbildlicher Weise mit Mitteln ausgestattet hat, diese Anstrengungen auch über das Jahr 2003 hinaus fortsetzt. Nur rechtzeitige Entscheidungen über die künftige Ausstattung des Stabilitätspakts schaffen Planungssicherheit und geben wünschenswerte Anstöße für die anderen Partner des Stabilitätspakts.

Der Deutsche Bundestag bittet die Bundesregierung, bis Ende des Jahres 2001 einen ersten Zwischenbericht über die Ergebnisse ihrer Bemühungen um ein Rahmenkonzept für die Stabilisierung Mazedoniens und um eine politische und ökonomische Gesamtstrategie für die Balkanstaaten und Südosteuropa vorzulegen.

Berlin, den 29. August 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion